



Vorrang für die Anständigen

Moderatoren: keine

▶ [ANTWORT ERSTELLEN](#)

[www.ikz-online.de Foren-Übersicht](#) -> [Sonstiges](#)

Vorheriges Thema anzeigen :: Nächstes Thema anzeigen	
Autor	Nachricht
telekomrichter	✉ Verfasst am: Montag, 31. Oktober 2005, 22:18 Titel: Vorrang für die Anständigen Kaum hat Ex-Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement "sein" Hass-Pamphlet gegen die Arbeitslosen veröffentlicht, holt ihn selber die Wirklichkeit ein: Wenn die Anständigen Vorrang haben sollen, müssen die "Unanständigen" gehen. Gerhard Schröder, Peter Hartz, Franz Müntefering. Und es werden mehr werden. Die Liste wird lang werden. Die ganze Hartz IV-Riege wird Lügen gestraft und in Schimpf und Schande abtreten müssen. Vorrang für die Anständigen! Aber keine Sorge. Das Kommende wird schlimmer werden.
Nach oben	PROFIL EMAIL ZITIEREN EDITIEREN
felsi	✉ Verfasst am: Sonntag, 13. November 2005, 12:21 Titel: Als "anständiger" Arbeitnehmer habe ich mir im Internet die Teile des Koalitionsvertrages durchgelesen, die mich besonders interessieren. Was mir jedoch aufgefallen ist, ist der Umstand, dass kein Wort über Einsparungen bei Bundes- und Landtagsabgeordneten in finanzieller Hinsicht zu lesen ist. Was ist mit den vielen Vergünstigungen, die unsere gewählten Volksvertreter geniessen ? Wird hier nicht der Rot-/Streichstift angesetzt ? Oder haben die Damen und Herren, da sie sich den Kopf zerbrochen haben, wie sie an das Geld des kleinen Mannes/ der kleinen Frau kommen, sich selbst glatt vergessen ? Bitte mal unter google - Ministerpensionen - eingeben. Dort findet man die MONATLICHEN Pensionen unserer ausscheidenden Politiker. " Du bist Deutschland " sagt die politische Kaste (" nicht aber ich, denn ich möchte mehr von dir, als du von mir erwarten kannst.") Gruss Felsi P.S. Jeder bekommt das, was er gewählt hat.
Nach oben	PROFIL ZITIEREN
aragon4868	✉ Verfasst am: Montag, 14. November 2005, 10:23 Titel: felsi hat Folgendes geschrieben: P.S. Jeder bekommt das, was er gewählt hat. Leider auch nicht immer. Ich habe die SPD gewählt, damit wir nicht die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 3 % auf 19 % bekommen. Schade. War nichts. Egal. Versuchen wir es bei den nächsten Wahlen mal mit eine Protestwahl. Vielleicht wird die Politik da mal wach... 🙄
Nach oben	PROFIL ZITIEREN

freebird	 Verfasst am: Montag, 14. November 2005, 15:13 Titel:
Anmeldungsdatum: 28.07.2005 Beiträge: 296 Wohnort: Iserlohn	Protestwahl ist gut, wenn alle mitmachen würden. Aber es ist immer interessant, was die Parteien vor der Wahl sagen und was nachher daraus gemacht wird. Ich sehe das als Verrat an. Aber leider werden Verräter immer wieder gewählt.
Nach oben	 PROFIL  ZITIEREN
felsi	 Verfasst am: Montag, 14. November 2005, 16:16 Titel:
Anmeldungsdatum: 20.07.2005 Beiträge: 25	WENN.... ist das am Häufigsten gebrauchte Wort auf den Koalitionvertragbeschlussungsparteitagen von SPD, CDU und CSU. Wenn die Verbraucher nächstes Jahr noch einmal VOR der Mehrwertsteuererhöhung so richtig einkaufen gehen; es sollte aber schon ein neues Auto sein, oder eine Wohnzimmereinrichtung. Dann springt statistisch gesehen die Binnenkonjunktur an. Wenn dann die Binnenkonjunktur angesprungen ist, werden die Einzelhandels-Unternehmen neue Ware bei den produzierenden Firmen bestellen und diese werden neue Mitarbeiter einstellen. Dann wird auch das Bruttoinlandsprodukt wachsen. Wenn das geschieht, können die geplanten Reformen der grossen Koalition durchgeführt werden, da ja dann auch die nötigen Steuereinnahmen in Peer Steinbrück`s Finanzministeriumssteuersäckel geflossen sind. Was aber passiert, wenn der "mündige Bürger" sich <u>nicht</u> so verhält, sondern auf Grund seiner Lebenserfahrung mit verantwortungsbewussten, dem Gemeinwohl dienenden Politikern/innen sein Geld für den Fall auf die hohe Kante legt, dass, bedingt durch eine neue Heuschreckenplage sein (noch) Arbeitsplatz in die neuen EU - Beitrittsländer verlegt wird, er sich noch so eben über Wasser halten kann ? DANN haben sich die Bürger/innen falsch, aus Sicht der Politiker, verhalten. Sind wir deshalb dann " Unanständig "? Gruss Felsi
Nach oben	 PROFIL  ZITIEREN
timopradel	 Verfasst am: Freitag, 18. November 2005, 01:39 Titel:
Anmeldungsdatum: 20.07.2005 Beiträge: 39 Wohnort: Iserlohn	Ein Tabuthema der etablierten Politik(er)kaste ist die Tatsache, daß die BRD Jahr für Jahr unsere Steuergelder in einer Größenordnung von ca. 170 Milliarden EUR an Gott und die Welt, sprich für nichtdeutsche Zwecke, verschleudert. Wenn diese Gelder zum Wohle unseres Landes eingesetzt würden, gäbe es so gut wie keine sozialen Probleme mehr. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer führt zu einer Reduzierung der Kaufkraft und somit zur weiteren Schwächung des Binnenmarktes. Die Lösung des Problems kann daher nur lauten: Deutsches Geld für deutsche Aufgaben! Oder ist das nun schon wieder "rechtsradikal"? Timo Pradel (KTA)
Nach oben	 PROFIL  EMAIL  ZITIEREN
freebird	 Verfasst am: Freitag, 18. November 2005, 17:57 Titel:
Anmeldungsdatum: 28.07.2005 Beiträge: 296 Wohnort: Iserlohn	Wieso sollte dies "rechtsradikal" sein? Man könnte mit diesen Geldern die Integration von Zuwanderern durch Projekte vorantreiben oder Sozialbauten subventionieren, Studiengebühren wieder abschaffen, Lehr- und Polizeikräfte einstellen. Ich stimme dem zu, dass Deutschland selbst genug Probleme hat und mit den Ausgaben lieber im eigenem Land bleiben sollte.
Nach oben	 PROFIL  ZITIEREN

felsi Anmeldungsdatum: 20.07.2005 Beiträge: 25	 Verfasst am: Freitag, 25. November 2005, 17:36 Titel: Hallo timopradel, mit dem Lösungsvorschlag: "deutsches Geld für deutsche Aufgaben" machen Sie auf den ersten Blick einen recht populistischen Vorschlag. Aber: "Deutsches Geld" ist abgeschafft worden, wir haben jetzt den Euro. Sinngemäss liesse sich aus Ihrem Lösungsvorschlag folgern, dass "gute" Deutsche nur "deutsche" Ware kaufen. Wo, bitte, bekomme ich dann Apfelsinen ? Da viele Produkte, die in Deutschland hergestellt werden, exportiert werden, müsste man mit der Ihnen eigenen Logik auch auf den Export verzichten, da ja die Kunden in den Abnehmerländern die gleiche Auffassung wie Sie vertreten könnten. Da dies, Gott-sei-Dank, nicht der Fall ist, können "deutsche Aufgaben" mit importiertem Geld für exportierte Ware <u>auch</u> finanziert werden. Statt populistisch Parolen mit politisch stark gefärbtem Hintergrund zu verbreiten, hätte ich mal gerne <u>einen</u> konkreten Einsparungsvorschlag zur Konsolidierung der Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden von Ihnen hier gelesen. Beispielhaft lässt sich doch die nationale Trockenerbsenreserve, die der Bund für nationale Notfälle vorhält, über 25000 Tonnen, die jährliche "Pflegekosten" von 100.000 Euro verursacht, ersatzlos streichen. Oder sollte eine "deutsche" Notfallreserve Ihrer Meinung nach vorgehalten werden ? Gruss Felsi
Nach oben	 PROFIL  ZITIEREN
timopradel Anmeldungsdatum: 20.07.2005 Beiträge: 39 Wohnort: Iserlohn	 Verfasst am: Samstag, 26. November 2005, 00:54 Titel: Hallo Felsi, Sie haben auf meinen "populistischen" Beitrag nicht weniger "populistisch" geantwortet. Ich finde am Wort "Populismus" nicht unbedingt etwas negatives. Steckt doch das Wort "populär" drin, welches alles andere als negativ besetzt ist. Aber zurück zum Thema. Natürlich sehe ich eine Menge Einsparmöglichkeiten. Man könnte z.B. die Diäten der Bundes- und Landtagsabgeordneten halbieren, Politiker für Fehlentscheidungen zum Nachteil des deutschen Steuerzahlers persönlich haftbar machen, rechtskräftig abgelehnte, aber in der BRD geduldete Asylbewerber (alleine in NRW 20.000!) in ihre Heimatländer zurückschicken, staatliche Alimentierungen für Religionsgemeinschaften beenden, Zahlungen an UNO, EU, Nato, etc. auf den Prüfstand stellen. Natürlich gibt es noch eine Menge weiterer Einsparmöglichkeiten. Diese hier im Einzelnen aufzulisten würde jedoch den Rahmen dieses Forums sprengen. Grüße Timo Pradel (KTA)
Nach oben	 PROFIL  EMAIL  ZITIEREN
freebird Anmeldungsdatum: 28.07.2005 Beiträge: 296 Wohnort: Iserlohn	 Verfasst am: Samstag, 26. November 2005, 01:51 Titel: Das mit dem Populismus lass ich außen vor. Jedoch gehe ich mit Herrn Pradel konform, dass z.B. die Diäten durchaus gekürzt werden könnten. Wenn man sich überlegt wozu diese Leistungen gedacht waren, kann man nur über das Ausmaß der Ausschüttungen den Kopf schütteln. Die Politiker für Fehlentscheidungen haftbar machen ... Laut Grundgesetz sind die Politiker nur ihrem Wissen und Gewissen unterworfen. Also wär das schwierig. Eine indirekte haftbare Maßnahme wäre vielleicht ein imperatives Mandat zu konstituieren. Vergleichbar mit der Rätorepublik. Aber ich kann mir kaum vorstellen, dass das Ihren Vorstellungen entsprechen könnte, Herr Pradel. Zahlungen an die internationalen Gemeinschaften auf den Prüfstand stellen, das wär von meiner Seite aus sehr richtig. Aber ich würde gern wissen, wen Sie unter Religionsgemeinschaften fassen.
Nach oben	 PROFIL  ZITIEREN

timopradel Anmeldungsdatum: 20.07.2005 Beiträge: 39 Wohnort: Iserlohn	📄 Verfasst am: Montag, 28. November 2005, 02:26 Titel: freebird hat Folgendes geschrieben: [...] Aber ich würde gern wissen, wen Sie unter Religionsgemeinschaften fassen. Hallo freebird, also ich halte es hier mit Marx, der dereinst sagte "Religion ist Opium fürs Volk". Religion ist Privatsache und ich habe auch nichts gegen Religionsgemeinschaften. Auch dem Ausspruch vom "Alten Fritz", welcher anmerkte, daß jeder nach seiner eigenen Fasson glücklich werden solle, vermag ich nichts entgegenzusetzen. Ich bin aber der Meinung, daß Steuergelder nicht für Religionsgemeinschaften ver(sch)wendet werden sollten. Ein aktuelles Beispiel einer derartigen Zweckentfremdung von Steuergeldern ist der Bau eines jüdischen Gebetshauses in Bochum, welches mit ca. 7 Millionen EUR Steuergeld bezuschußt wird. Jeweils ein Drittel der Baukosten bezahlen das Bundesland NRW, die Stadt Bochum und die Jüdische Gemeinde Bochum-Herne-Hattingen. Bedenklich finde ich hierbei, daß Steuergelder von Bürgern ausgegeben werden, welche nicht-mosaischen Glaubens sind. Um nicht mißverstanden zu werden. Meine Kritik richtet sich gegen jedwede staatliche Alimentierung von Religionsgemeinschaften. Also auch gegen muslimische, christliche, hinduistische, oder buddistische. Grüße Timo Pradel (KTA)
Nach oben	 PROFIL  EMAIL  ZITIEREN
telekomrichter Anmeldungsdatum: 30.09.2005 Beiträge: 56 Wohnort: Iserlohn	📄 Verfasst am: Sonntag, 11. Dezember 2005, 13:50 Titel: Nebeneinkünfte auf die Diäten anrechnen timopradel hat Folgendes geschrieben: <i>'Natürlich sehe ich eine Menge Einsparmöglichkeiten. Man könnte z.B. die Diäten der Bundes- und Landtagsabgeordneten halbieren,'</i> Aber warum den gleich halbieren? 1. Es würde doch schon genügen, wenn lediglich die 'Schmiergeldzahlungen' und 'Präsente' 🙄 aus der Wirtschaft mit den Diäten aufgerechnet werden. (Ähnlich wie bei Hartz-Opfern.) Dann käme bei dem einen oder anderen sogar noch Geld zurück ins Staatssäckel und die Rentenabfindungen würden deutlich schrumpfen. 2. Und wenn man bei den Wahlen die bewußten Nichtwähler ihrer Entscheidung gemäß prozentual berücksichtigen würde, so blieben bei jeder Wahl viele Sessel [kostengünstig] unbesetzt. Ich finde den Gedanken <i>königlich</i> : Ein Blick in den Plenarsaal und die leere Plätze sind die Fraktion 'Nichtgewählt' und nicht nur <i>gestempelt, aber abwesend</i>. Wenn <u>viele Politiker - viel Mist</u> machen, kann man mit wenigen Sesselpupsern bestimmt den Mist erheblich reduzieren. timopradel hat Folgendes geschrieben: <i>'Politiker für Fehlentscheidungen zum Nachteil des deutschen Steuerzahlers persönlich haftbar machen,'</i> Dieser Gedanke ist sehr gut und lange überfällig. Nur wer persönlich haften muss, denkt bevor er entscheidet. Die Gesetze dazu kann man ja über Nacht im Schlafwagen basteln. Dabei würde ich sogar gerne mitmachen.
Nach oben	 PROFIL  EMAIL  ZITIEREN  EDITIEREN 

Beiträge vom vorherigen Thema anzeigen:

[www.ikz-online.de Foren-Übersicht -> Sonstiges](#)

Alle Zeiten sind GMT + 2 Stunden

 [ANTWORT ERSTELLEN](#)

Seite **1** von **1**

Bei Antworten zu diesem Thema benachrichtigen

Gehen Sie zu: